

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Harald Petzold (Havelland),
Martina Renner, Halina Wawzyniak, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.**

Rechtsextreme Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“

Am 27. Mai 2012 fand der Gründungsparteitag der Partei „Die Rechte“ in Hamburg statt. Ihr Bundesvorsitzender wurde Christian Worch, der seit Jahrzehnten zu den aktivsten Funktionären des parteiunabhängigen Neonazispektrums gehört und wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zu Rassismus und Verunglimpfung des Staates bereits fünfeinhalb Jahre in Haft saß. Nach außen bemüht sich die Partei „Die Rechte“, ihre rechtsextreme Ideologie zumindest ansatzweise zu verschleiern, um keinen Anlass für ein Verbot zu liefern. So positionierte Parteigründer Christian Worch die Partei „weniger radikal als die NPD“ aber „radikaler als die REPs und die pro-Bewegung“ und das weitgehend von der aufgelösten Deutschen Volksunion (DVU) übernommene Parteiprogramm beginnt mit einem plakativen Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Während sie anfangs vor allem ehemalige NPD- und DVU-Mitglieder anzog, wurde sie zumindest in Nordrhein-Westfalen nach Ansicht des dortigen Verfassungsschutzes „in wesentlichen Teilen eine Auffangorganisation der verbotenen Kameradschaften“. Die Partei „Die Rechte“ „nutzt das Parteienprivileg als Organisationsstrategie“, um „ihre bisherigen neonazistischen Aktivitäten unter diesem Schutzschirm weiterzuführen“, heißt es im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2013. So wurden fast alle neonazistischen Aufmärsche in diesem Bundesland im vergangenen Jahr über diese Partei angemeldet (Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2013, S. 8). Die Kreisverbände in Dortmund und Hamm sind in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWS) und der „Kameradschaft Hamm“ identisch. Diese Kameradschaften wurden am 23. August 2013 vom Landesinnenministerium wegen ihrer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und zur SA verboten. In ihren Kampagnen wendet sich die Partei in rassistischer Weise gegen Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge sowie Musliminnen und Muslime und hetzt gegen Sintize und Sinti und Romnja und Roma sowie Jüdinnen und Juden. Auch vor Gewaltandrohung und offener Gewalt schrecken Aktivistinnen und Aktivisten der Partei nicht zurück. So verhinderten Mitglieder der Partei „Die Rechte“ am 27. August 2013 gewaltsam einen Wahlkampfauftritt einer linken Partei in Dortmund. Mit einem auf ihrer Bundeswebsite angebrachten „Links-Melder“ sammelt die Partei im Rahmen ihrer Anti-Antifa-Arbeit Daten von Antifaschistinnen und Antifaschisten und linken Strukturen. „Das bedeutet Bedrohung von Personen bis hin zum Versuch der Vertreibung aus von den Neonazis für sich reklamierten Stadtteilen“, heißt es dazu im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2013 (S. 64). Bei den Kommunalwahlen in Dortmund am 25. Mai 2014 gewann der Kreisverbandsvorsitzende der Partei „Die Rechte“, der unter seinem Spitznamen „SS-Siggi“ bekannte langjährige und mehrfach einschlägig vorbestrafte Neonaziaktivist

Siegfried Borchardt ein Stadtratsmandat. Am Wahlabend versuchten mehrere Dutzend Neonazis aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ das Dortmunder Rathaus zu stürmen. Mehrere Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie Mitglieder anderer Ratsfraktionen, die sich den Neonazis entgegenstellten, wurden durch Pfefferspray, Schläge und Flaschenwürfe verletzt. Siegfried Borchardt hatte zuvor auf seiner Facebookseite die Losung ausgegeben „Mit einem Schlag ins Rathaus“, daneben war ein Porträt des früheren Hooligans der rechtsextremen Borussia Dortmund mit geballter Faust zu sehen (www.welt.de/regionales/duesseldorf/article128415162/Rechtsradikale-versuchen-Rathaus-zu-stuermen.html).

In München gründete der unter anderem wegen politisch motivierter Gewalttaten einschlägig vorbestrafte Kameradschaftsaktivist Philipp Hasselbach symbolträchtig am 20. April 2014 – dem 125. Geburtstag Adolf Hitlers – den Münchner Kreisverband der Partei „Die Rechte“, dessen Vorsitzender er wurde. Nach Ansicht des bayerischen Verfassungsschutzes besteht in München ein Kooperationsbündnis der Partei „Die Rechte“ mit der NPD und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA). So nahm BIA-Stadtrat und NPD-Bundesvize Karl Richter an der Gründung des Kreisverbandes der Partei „Die Rechte“ teil (www.neues-deutschland.de/artikel/934042.aus-im-braunen-haus.html).

Dem Ziel, neonazistische Aktivitäten unter dem Schutz des Parteienprivilegs zu betreiben, diene offenbar die Gründung der Partei „Der III. Weg“ am 28. September 2013 in Heidelberg. Das in Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP auf der Homepage der Partei veröffentlichte Zehn-Punkte-Programm beinhaltet Ziele, wie die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus“ und die „Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“. Eine besondere Nähe scheint zwischen der Partei „Der III. Weg“ und der neonazistischen Kameradschaftsszene zu bestehen. So hieß es im Oktober 2013 auf der Website des vor allem in Bayern aktiven neonazistischen „Freien Netz Süd“ (FNS) über die wohl in Abgrenzung zur NPD gegründete neue Partei: „Der Nationale Widerstand hat hingegen mit der Partei DER DRITTE WEG nun eine neue Chance mehr gewonnen, Deutsche, die es tatsächlich auch noch sein wollen, zu sammeln und im Verbund mit freien Nationalisten auch in Zukunft, fernab der Abzockermentalität der Nationaldemokraten, gemeinsam entschlossen für die Freiheit Deutschlands zu kämpfen“. Die neue Partei solle vermutlich als Ausweichorganisation für das FNS im Falle eines Verbots durch das Bundesministerium des Innern dienen, vermutet das „Netz-gegen-Nazis“. Bereits jetzt gibt es personelle Überschneidungen. So trat der im Mai 2013 aus der Haft entlassene FNS-Führungskader Tony Gentsch bei einer Demonstration gegen ein Asylbewerberheim als „Vertreter der neuen Parteialternative ‚Der III. Weg‘“ auf. Bei der Gründung des Münchner Stützpunktes der Partei „Der III. Weg“ traten Ende März 2014 der wegen Anschlagsvorbereitungen gegen das jüdische Zentrum in München verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese und der frühere Führungskader der verbotenen Fränkischen Aktionsfront Matthias Fischer vor den rund 70 Anwesenden als Redner auf (www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-iii-weg-eine-neue-rechtsextreme-kleinstpartei-9317).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Partei „Die Rechte“?
2. Welche Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ sind der Bundesregierung seit Gründung der Partei bekannt geworden (bitte Ort, Zeitpunkt, Thema und Teilnehmerzahl benennen) hinsichtlich
 - a) eigenen Aufzügen,
 - b) Beteiligungen an Aufzügen anderer Gruppierungen,

- c) Veranstaltungen in geschlossenen Räumen,
 - d) Plakatier- und Flugblattaktionen?
3. An welchen Wahlen zu Bundes-, und nach Kenntnis der Bundesregierung, Landes- und Kommunalwahlen beteiligte sich die Partei „Die Rechte“ seit ihrer Gründung mit welchen Wahlergebnissen, und über wie viele und welche Mandatsträgerinnen/Mandatsträger in welchen Orten, Ortsteilen oder Kreisen verfügt sie nach Kenntnis der Bundesregierung?
 4. Welche bundesweiten und regionalen Veröffentlichungen (Internet, Flugblätter, Broschüren, Zeitungen etc.) der Partei „Die Rechte“ sind der Bundesregierung bekannt?
 5. Über welche eigenen oder angemieteten Immobilien und Büros verfügt die Partei „Die Rechte“ nach Kenntnis der Bundesregierung?
 6. Welche politischen Schwerpunkte der Partei „Die Rechte“ sind der Bundesregierung bekannt?
 7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die finanziellen Quellen der Partei „Die Rechte“?
 8. Wie viele und welche Landesverbände der Partei „Die Rechte“ mit welchen Untergliederungen und wie vielen Mitgliedern existieren seit wann, und wo sind nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Gründungen von Parteistrukturen in Vorbereitung?
 9. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das gegenwärtige Personenpotential der Partei „Die Rechte“ insgesamt ein?
 10. Haben sich Mitglieder und Funktionärinnen/Funktionäre der Partei „Die Rechte“ nach Kenntnis der Bundesregierung an Gewalttaten beteiligt, und wenn ja, wann, wo und in welcher Form?
 11. Sind der Bundesregierung volksverhetzende Äußerungen durch die Partei „Die Rechte“ bzw. einzelne ihrer Funktionärinnen und Funktionäre bekannt, und wenn ja, welche?
 12. Ist es der Bundesregierung bekannt, ob die Partei „Die Rechte“ im Rahmen sogenannter Anti-Antifa-Arbeit Daten und Informationen über ihre politischen Gegnerinnen und Gegner sammelt, und wenn ja, in welcher Form und zu welchem Ziel?
 13. Welche und wie viele Funktionsträgerinnen und -träger der Partei „Die Rechte“ gehörten nach Kenntnis der Bundesregierung zuvor anderen rechtsextremen Vereinigungen an, wie
 - a) der DVU,
 - b) der NPD,
 - c) der PRO-Bewegung,
 - d) den Freien Kameradschaften bzw. Autonomen Nationalisten,
 - e) sonstigen rechtsextremen Vereinigungen (bitte benennen)?
 14. Welche und wie viele Mitglieder zuvor verbotener rechtsextremer Kameradschaften sind nach Kenntnis der Bundesregierung welchen Landesverbänden der Partei „Die Rechte“ beigetreten, bzw. besetzen dort führende Positionen?
 15. Inwieweit und in welchen Landesverbänden bestehen bei der Partei „Die Rechte“ nach Kenntnis der Bundesregierung Anhaltspunkte für eine Fortführung der Tätigkeit verbotener oder von Verboten bedrohter Neonazikameradschaften?

16. Inwieweit sieht die Bundesregierung bei der Partei „Die Rechte“ oder einzelnen ihrer Mitglieder den Versuch, unter dem Schutz des Parteienprivilegs neonazistische Aktivitäten durchzuführen?
17. In welchem Verhältnis stehen die Partei „Die Rechte“ und andere rechtsextreme Parteien zueinander, und inwieweit gibt es Abgrenzungen oder Kooperationen und Mitgliederbewegungen zur
 - a) NPD,
 - b) PRO-Bewegung (Pro Deutschland, Pro NRW, Pro Köln etc.),
 - c) Partei „Der III. Weg“?
18. Welche Kontakte zu anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen (bitte einzeln benennen) im Inland unterhält die Partei „Die Rechte“, und welcher Art sind diese Kontakte?
19. Welche Kontakte zu rechtsextremen Parteien und Organisationen (bitte einzeln benennen) im Ausland unterhält die Partei „Die Rechte“, und welcher Art sind diese Kontakte?
20. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Partei „Der III. Weg“ einschließlich ihrer Gründerinnen/Gründer und Führungsfunktionärinnen/-funktionäre?
21. Inwieweit wurde nach Kenntnis der Bundesregierung nach Gründung der Partei „Der III. Weg“ inzwischen dem Bundeswahlleiter das Gründungsprotokoll eingereicht sowie Satzung, Programm und Namen der Vorstandsmitglieder bekanntgegeben?
22. Welche Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ sind der Bundesregierung seit Gründung der Partei bekannt geworden (bitte Ort, Zeitpunkt, Thema und Teilnehmerzahl benennen) hinsichtlich
 - a) eigenen Aufzügen,
 - b) Beteiligung an Aufzügen anderer Gruppierungen,
 - c) Veranstaltungen in geschlossenen Räumen,
 - d) Plakatier- und Flugblattaktionen,
 - e) sonstigen Aktivitäten (bitte benennen)?
23. An welchen Wahlen zu Bundes-, und nach Kenntnis der Bundesregierung, Landes- und Kommunalwahlen beteiligte sich die Partei „Der III. Weg“ seit ihrer Gründung mit welchen Wahlergebnissen, und über wie viele und welche Mandatsträgerinnen/Mandatsträger in welchen Orten, Ortsteilen oder Kreisen verfügt sie nach Kenntnis der Bundesregierung?
24. Welche bundesweiten und regionalen Veröffentlichungen (Internet, Flugblätter, Broschüren, Zeitungen etc.) der Partei „Der III. Weg“ sind der Bundesregierung bekannt?
25. Über welche eigenen oder angemieteten Immobilien und Büros verfügt die Partei „Der III. Weg“ nach Kenntnis der Bundesregierung?
26. Welche programmatischen Inhalte der Partei „Der III. Weg“ sind der Bundesregierung bekannt?
27. Inwieweit kann die Bundesregierung in der Programmatik der Partei „Der III. Weg“ eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus erkennen?
28. Welche politischen Schwerpunkte der Partei „Der III. Weg“ sind der Bundesregierung bekannt?

29. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die finanziellen Quellen der Partei „Der III. Weg“?
30. Wie viele und welche Landesverbände der Partei „Der III. Weg“ mit welchen Untergliederungen und wie vielen Mitgliedern existieren seit wann, und wo sind nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Gründungen von Parteistrukturen in Vorbereitung?
31. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das gegenwärtige Personenpotential der Partei „Der III. Weg“ insgesamt ein?
32. Haben sich Mitglieder und Funktionärinnen/Funktionäre der Partei „Der III. Weg“ nach Kenntnis der Bundesregierung an Gewalttaten beteiligt, und wenn ja, wann, wo und in welcher Form?
33. Sind der Bundesregierung volksverhetzende Äußerungen durch die Partei „Der III. Weg“ bzw. einzelne ihrer Funktionärinnen und Funktionäre bekannt, und wenn ja, welche?
34. Ist es der Bundesregierung bekannt, ob die Partei „Der III. Weg“ im Rahmen sogenannter Anti-Antifa-Arbeit Daten und Informationen über ihre politischen Gegnerinnen und Gegner sammelt, und wenn ja, in welcher Form und zu welchem Ziel?
35. Welche und wie viele Funktionsträgerinnen und -träger der Partei „Der III. Weg“ gehörten nach Kenntnis der Bundesregierung zuvor anderen rechtsextremen Vereinigungen an, wie
 - a) der DVU,
 - b) der NPD,
 - c) der Partei „Die Rechte“,
 - d) der PRO-Bewegung,
 - e) den Freien Kameradschaften bzw. Autonomen Nationalisten,
 - f) sonstigen rechtsextremen Vereinigungen (bitte benennen)?
36. Welche und wie viele Mitglieder zuvor verbotener rechtsextremer Kameradschaften sind nach Kenntnis der Bundesregierung welchen Landesverbänden der Partei „Der III. Weg“ beigetreten, bzw. besetzen dort führende Positionen?
37. Inwieweit und in welchen Landesverbänden bestehen bei der Partei „Der III. Weg“ nach Kenntnis der Bundesregierung Anhaltspunkte für eine Fortführung der Tätigkeit verbotener oder von Verboten bedrohter Neonazikameradschaften?
38. Inwieweit sieht die Bundesregierung bei der Partei „Der III. Weg“ oder einzelner ihrer Mitglieder den Versuch, unter dem Schutz des Parteienprivilegs neonazistische Aktivitäten durchzuführen?
39. In welchem Verhältnis stehen die Partei „Der III. Weg“ und andere rechtsextreme Parteien zueinander, und inwieweit gibt es Abgrenzungen oder Kooperationen und Mitgliederbewegungen zur
 - a) NPD,
 - b) PRO-Bewegung (Pro Deutschland, Pro NRW, Pro Köln etc.),
 - c) Partei „Die Rechte“?
40. Welche Kontakte zu anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen (bitte einzeln benennen) im Inland unterhält die Partei „Der III. Weg“, und welcher Art sind diese Kontakte?

41. Welche Kontakte zu rechtsextremen Parteien und Organisationen (bitte einzeln benennen) im Ausland unterhält die Partei „Der III. Weg“, und welcher Art sind diese Kontakte?

Berlin, den 4. Juni 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

